

CDU-nahe Lizenzzeitungen (VI): „Kieler Nachrichten“

von Heinz-Dietrich Fischer

War das schleswig-holsteinische Zeitungswesen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts teilweise in bestimmten Zusammenhängen mit der dänischen Presseentwicklung zu betrachten gewesen¹, so erfuhr es erst im 19. Jahrhundert eine gewisse Eigenprägung, welche maßgeblich durch die 1864 gegründete „Kieler Zeitung“ erfolgte. Der „General-Anzeiger für Schleswig-Holstein“, der 1894 entstand, nahm ein Jahr später die Bezeichnung „Kieler Neueste Nachrichten“ an und entwickelte sich zum zweiten bedeutenden Blatt des Erscheinungsortes.² Das Blatt wurde am 30. September 1940 mit der „Kieler Zeitung“ und der NS-Tageszeitung „Nordische Rundschau“ (gegr. 1933) zwangsfusioniert und bestand auf diese Weise noch bis 1942 indirekt fort.³

Nach 1945 erschien mit dem „Kieler Nachrichten-Blatt“, das später in „Kieler Kurier“ umbenannt wurde, ein Organ der britischen Besatzungsmacht,⁴ bevor man auch in Kiel daran ging, parteinahe Tageszeitungen für Deutsche zu genehmigen. So wurden im März 1946 drei Lizenzen für die Herausgabe derartiger Blätter überreicht. Neben der SPD-nahen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ (später: „VZ-Kieler Morgenzeitung“) und dem KPD-Organ „Norddeutsches Echo“ erschienen vom 3. April 1946 an die „Kieler Nachrichten“ als CDU-orientierte Richtungszeitung.⁵ Zum Lizenzträger des Blattes wurde der seinerzeitige Kieler Oberbürgermeister Wilhelm Koch bestellt, welcher bei der Lizenzüberreichung durch die britischen Besatzungsoffiziere namens aller Kieler Lizenzträger ausführte, daß „das Wort ‚Pressefreiheit‘ ... in Zukunft nicht ohne ‚Presseverantwortung‘ gedacht wer-

Dr. Heinz-Dietrich Fischer ist Wiss. Assistent an der Sektion für Publizistik und Kommunikation der Ruhr-Universität Bochum.

den könne, um „die deutsche Presse am Aufbau einer Demokratie entscheidend mitwirken“ zu lassen.⁶ Als die CDU-nahen „Kieler Nachrichten“ am 3. April 1946 zum ersten Male erschienen, führten sie sogleich den anspruchsvollen überregionalen Untertitel ‚Zeitung für Schleswig-Holstein‘. In dem Programm des Blattes hieß es u. a.: „Die ‚Kieler Nachrichten‘ beginnen heute mit ihrer ebenso schönen wie verantwortungsvollen Aufgabe, Wegweiser zu sein aus den Nöten und Sorgen der Gegenwart in eine bessere Zukunft... Man darf nicht vergessen, daß zwölf Jahre ‚gelenkte Meinungsbildung‘ sich nicht spurlos auslöschen lassen... Wir denken... gar nicht daran, unseren Lesern eine Ansicht aufnötigen zu wollen... Unsere Meinung über Tatsachen werden wir uns umso unmißverständlicher zum Ausdruck zu bringen bemühen, daß sich jeder dann selbst entscheiden kann...“⁷. Welches die politische Grundhaltung der Zeitung war, ging keinerlei Hinweis aus dem Blatt selbst hervor, allein die Person des Herausgebers als prominenter CDU-Politiker gab der Zeitung ein parteinahes Image. Trotz der relativen Unklarheit im Zeitungsprogramm, welcher politischen Richtung sich das Blatt zugehörig empfand, hieß es in der folgenden Ausgabe der Zeitung, daß auch die „Kieler Nachrichten“ „sich bereits in ihrer ersten Ausgabe bemüht“ haben, „ein eigenes Gesicht zu zeigen und ihre politischen Zielsetzungen darzulegen. Möge ihre Mission verstanden und richtig gedeutet werden“⁸.

Weitaus gedämpfter als andere CDU-orientierte Blätter im britischen Besatzungsgebiet traten die „Kieler Nachrichten“ in der Folgezeit als Richtungszeitung in Erscheinung. Bewußte Zurückhaltung vor zu deutlichem parteipolitischem Engagement sowie die überregionale Verbreitung und die damit verknüpfte Rücksichtnahme auf breite Leserschichten mögen hierfür als Erklärung dienen. Jedenfalls tat die Zeitung relativ wenig, sich bewußt als CDU-nahes Blatt deutlich zu engagieren, obwohl sie reguläres Mitglied im 1947 entstandenen Verein Union-Presse, der Dachorganisation CDU-verbundener Blätter, wurde. Hatte das Blatt bei wöchentlich zwei Ausgaben (mittwochs und samstags) nur wenig Druckpapier zur Verfügung, so ging man 1947 zu dreimal wöchentlichem Erscheinen (dienstags, donnerstags, samstags), bei einer Auflage von 137 000, über. Neben der Stadtausgabe Kiel hatte das Blatt die Bezirks-Ausgaben Schleswig-Holstein Ost-Nord, Ost-Süd, Westküste, Lübeck, Neumünster und Rendsburg, womit faktisch das Gesamtgebiet Schleswig-Holsteins abgedeckt werden konnte.⁹

Schon früh waren neben den Hauptlizenzträger Willi Koch die CDU-Vertreter Carl Schröter, Dr. Emcke und später Prof. Becker als Mit-Lizenzinhaber hinzugetreten. Diese Lizenzträgergruppe hatte bereits im März 1946 einen Vertrag mit dem ehemaligen Verleger von „Kieler Zeitung“ und „Kieler Neueste Nachrichten“, Dr. Kurt Heinrich, über die Nutzungsrechte an dem Verlagsunternehmen abgeschlossen. Dr. Heinrich selbst war als Lizenzinhaber nicht infrage gekommen, da er bereits vor 1933 der NSDAP als Mitglied beigetreten war, dann als Ortsgruppenleiter der Partei fungiert und sich bis zum Ende des Dritten Reiches in Kiel zeitungsverlegerisch betätigt hatte. Er war in eine Entnazifizierungsgruppe eingestuft worden, welche ihm keinerlei Zeitungsherausgabe nach 1945 erlaubte. Während 51 v. H. des Zeitungsvermögens der vor 1945 erschienenen Zeitung als NS-Anteil an die britische Militärregierung gefallen waren, hatte Heinrich den Anteil von 49 v. H. behalten, durfte ihn jedoch selbst nicht nutzen. Daher schlossen die vier Lizenzträger 1946 mit Heinrich einen Privatvertrag, wonach er jedem 10 v. H. des Besitztums der alten „Kieler Neuesten Nachrichten“ abtrat und dafür Unterstützung bei seinem Entnazifizierungsverfahren als Gegenleistung forderte. Nach der Lizenzpflichtauf-

hebung des Jahres 1949 meldete nunmehr Dr. Heinrich seinen Anspruch auf den Verlagsbesitz an. Bei einem Gesamtvermögenswert des Unternehmens von etwa 5 Millionen Mark betrug der Pachtzins 25 000 Mark jährlich, während die Lizenzträger 1948 einen Reingewinn von 456 000 Mark erzielt hatten.¹⁰

Die Auseinandersetzungen um die Eigentumsverhältnisse der „Kieler Nachrichten“ erreichten Ende 1949 / Anfang 1950 ein Ausmaß, daß nur noch eine gerichtliche Klärung als Ausweg offen blieb. Da der Kampf um die Besitzrechte an der Zeitung zugleich ein Politicum erster Ordnung war, sah sich der Landtag von Schleswig-Holstein genötigt, einen neunköpfigen Untersuchungsausschuß in Sachen „Kieler Nachrichten“ einzusetzen. Gegen jene CDU-Politiker, welche 1946 an der Schaffung der „Kieler Nachrichten“ beteiligt gewesen waren, erhob namentlich die SPD den Vorwurf, „sie hätten sich unter schwerem Verstoß gegen die Grundsätze politischer Sauberkeit Vermögensanteile an den ... ‚Kieler Nachrichten‘ verschafft. So hätten sie Dr. Heinrich, um ihn für den Vertragsabschluß zu gewinnen, eine günstige Beeinflussung seiner Entnazifizierung zugesichert, ihm anfangs ein entlastendes Leumundzeugnis ausgestellt und ihm durch einen internen und gesetzwidrigen Zusatzvertrag seine überwiegende Beteiligung an der Zeitung auch für den Fall entgegengesetzter Anordnungen der Militärregierung in Form eines ‚Gentleman’s Agreement‘ versprochen. Später sollen sie hinter seinem Rücken seine Entnazifizierung zu hintertreiben versucht haben, um sich von dem mit ihm geschlossenen Vertrag lossagen zu können. Auch hätten sie angeblich Maßnahmen ergriffen, um in den alleinigen und ausschließlichen Besitz der ganzen Zeitung zu gelangen.“¹¹

Der bereits im Dezember 1949 eingesetzte Untersuchungsausschuß des Landtages trat am 25. Januar 1950 zu seiner ersten Sitzung zusammen, um den Tatbestand zu erörtern. Einen Tag vor der zweiten Zusammenkunft des Ausschusses am 2. Februar verlor Heinrich vor der Zivilkammer des Landgerichts in Kiel seine Unterlassungs- und Schadenersatzklage und wurde kostenpflichtig abgewiesen.¹² Der Landtags-Untersuchungsausschuß sah die Kontroverse damit jedoch nicht als erledigt an, sondern wies darauf hin, daß es ihm weniger „um die Frage der Eigentums- und Vermögensverhältnisse der ‚KN‘ ginge, sondern um die Frage, ob einzelne Abgeordnete in diesem Zusammenhang ehrenrührige Handlungen begangen hätten“¹³, da einige Lizenzträger der Zeitung zugleich als CDU-Parlamentarier fungierten. In der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 25. Februar kam es zu erregten Kontroversen zwischen dem CDU-Landtagsabgeordneten und KN-Mitlizenzinhaber Dr. Emcke und dem SPD-Ausschußvorsitzenden¹⁴, doch ein Ergebnis war nicht zu erzielen. In einer späteren Sitzung vom 24. April 1950 traf der Ausschuß dann folgende Feststellung: „Die Art und Weise, wie die drei Abgeordneten Schröter, Koch und Dr. Emcke zusammengewirkt haben, um auf Grund ihrer politischen Stellung sich persönlich materielle Vermögensvorteile zu verschaffen, widerspricht den Gesetzen des Anstandes und der politischen Sauberkeit.“¹⁵ Gleichzeitig hob der Landtag von Schleswig-Holstein mit der Mehrheit der SPD-Fraktion die Immunität der drei CDU-Landtagsabgeordneten auf. Schröter fungierte zu dieser Zeit nicht nur als CDU-Fraktionsvorsitzender im schleswig-holsteinischen Landtag, sondern war auch 2. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, während Emcke und Koch Landtagsabgeordnete und nach wie vor Lizenzträger der „Kieler Nachrichten“ waren. Die CDU-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein verließ aus Protest gegen den Bericht des Untersuchungsausschusses geschlossen den Landtag und gab zu erkennen, das Gebäude vor dem Ende der Legislaturperiode (31. Mai 1950) nicht mehr betreten zu wollen. Der Bericht war von fünf

SPD-Mitgliedern sowie einem Angehörigen des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) gebilligt worden, während die drei CDU-Angehörigen des Ausschusses sich in einem eigenen Bericht davon distanzieren. Der von den CDU-Mitgliedern des Ausschusses vorgelegte Gegenbericht wies die Darstellung zurück, daß die drei CDU-Lizenzträger unkorrekt gehandelt hätten, was ja schon durch das Urteil des Landgerichts Kiel im Zivilprozeß vom 2. Februar festgestellt worden sei.¹⁶ Auf Grund eines Ersuchens des Landesministers der Justiz von Schleswig-Holstein vom 8. Mai 1950 wurde die Immunität Schröters als Bundestagsabgeordneter am 31. Mai durch den Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität des Bundestages aufgehoben, um die strafrechtliche Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft zu ermöglichen.¹⁷ Nach Prüfung der Akten empfahl jedoch der Kieler Oberstaatsanwalt Ende Juli 1950 dem schleswig-holsteinischen Justizminister, das Verfahren gegen die Beschuldigten einzustellen.¹⁸

Damit hatte die als *Kieler Presseskandal*¹⁹ weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins beachtete Kontroverse einen zumindest formellen Abschluß gefunden. Ende des Jahres 1950 teilte der Oberstaatsanwalt als Leiter der Kieler Justiz-Pressestelle mit: „Das auf Anregung des Landtags-Ausschusses zur Untersuchung der Besitzverhältnisse der ‚Kieler Nachrichten‘ eingeleitete Ermittlungsverfahren... wegen Untreue und versuchter Erpressung ist eingestellt worden.“²⁰ Ein im Jahre 1951 von Heinrich angestrebter Zivilprozeß gegen den Hauptlizenzinhaber der „Kieler Nachrichten“, Willi Koch, endete vor dem Oberlandesgericht in Schleswig mit einem Vergleich. Die Parteien einigten sich darauf, „daß Herr Dr. Heinrich und Herr Koch zu gleichen Teilen alleinige Gesellschafter der ‚Kieler Nachrichten‘ G.m.b.H. und der ‚Kieler Zeitung‘, Verlags- und Druckerei KG,“ wurden. Die Vergleichsurkunde wurde am 6. November 1951 vor dem Oberlandesgericht in Schleswig protokolliert; sie besagte indirekt, daß die übrigen bisherigen Gesellschafter der „Kieler Nachrichten“, Schröter, Emcke und Becker, aus dem Gesellschaftsverhältnis ausschieden.²¹ Bereits im März 1951 war bekannt geworden, daß der Hauptbeschuldigte an der Zeitungskrise, Carl Schröter, durch einen Vertrag mit DM 100 000 abgefunden wurde, um daraufhin aus den „Kieler Nachrichten“ auszuscheiden.²²

Die Zeitung verfügte zu diesem Zeitpunkt über eine Auflage von rund 100 000 täglichen Exemplaren und führte die Unterbezeichnung ‚Landeszeitung für Schleswig-Holstein‘. Die politische Richtung wurde mit „christlich-demokratisch, unabhängig“ angegeben.²³ Die aufsehenerregenden Kontroversen um die Besitzverhältnisse des Blattes hatten breiten Leserkreisen sehr deutlich werden lassen, daß es sich bei den „Kieler Nachrichten“ durch die Lizenzgeber-Gruppe um ein CDU-nahes Blatt handelte. Um dieses Image abzumildern und nicht weiterhin dem Vorwurf zu begegnen, parteihörig zu sein, zog sich die Zeitung weitgehend aus der Aktivität des Vereins Union-Press zurück, ohne indes auszuschneiden.²⁴ So ist es auch zu erklären, daß sich das Blatt künftig als „unabhängig“ bezeichnete²⁵ und später zu dieser Bezeichnung noch die Ergänzung „nicht parteigebunden“ hinzufügte.²⁶ Die Zeitung, die über eine Auflage von etwas über 100 000 täglichen Exemplaren verfügt, führt seit mehreren Jahren den Untertitel ‚Unabhängige Landeszeitung für Schleswig-Holstein‘²⁷. Bewußt führen die „Kieler Nachrichten“ ihre Existenz auf die 1864 gegründete „Kieler Zeitung“ sowie auf die 1894 entstandenen „Kieler Nachrichten“ zurück, wie aus Eigenankündigungen hervorgeht.²⁸ Sie erheben damit den Anspruch, nicht nur das auflagenstärkste, sondern zugleich das bedeutendste und traditionsreichste Blatt Schleswig-Holsteins zu sein.

Anmerkungen:

1. Vgl. Rudolf Bülck: Das schleswig-holsteinische Zeitungswesen von den Anfängen bis zum Jahre 1789, phil. Diss. Kiel 1928, Flensburg 1928.
2. Horst Seidel: Presse und Rundfunk in Kiel, Sonderdruck zur Kieler-Woche-Ausstellung 1966, hrsgg. vom Museumsdezernat der Stadt Kiel, Kiel 1966, S. 4.
3. Dasselbst.
4. Vgl. allgemein zu den Blättern der Besatzungsmacht: Elisabeth Matz: Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944—1946), Münster i. W. 1969.
5. Vgl. Handbuch Deutsche Presse, 1. Aufl., Bielefeld 1947, S. 249 ff.
6. —: Kiel hat wieder drei eigene Zeitungen, in: „Kieler Nachrichten“ (Kiel), 1. Jg. / Nr. 1 (3. April 1946), S. 3.
7. Friedrich von Wilpert: Vertrauen, in: „Kieler Nachrichten“ (Kiel), 1. Jg. / Nr. 1 (3. April 1946), S. 1 f.
8. Ga.: Die neue Zeitung, in: „Kieler Nachrichten“ (Kiel), 1. Jg. / Nr. 2 (6. April 1946), S. 3.
9. Handbuch Deutsche Presse, 1. Aufl., a.a.O., S. 250.
10. —: Schleswig-holsteinischer Presseskandal vor dem Landtag, in: „Zeitungs-Verlag“ (Wiesbaden), 47. Jg. / Nr. 1—2 (17. Januar 1950), S. 14.
11. —: Streit um die „Kieler Nachrichten“. Untersuchungsausschuß prüft SPD-Anschuldigungen gegen CDU, in: „Die Welt“ (Hamburg), 25. Januar 1950.
12. —: Dr. Heinrich verlor Unterlassungs- und Schadenersatzklage, in: „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ (Kiel), 2. Februar 1950.
13. —: Untersuchung der KN-Verhältnisse geht weiter, in: „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ (Kiel), 3. Februar 1950.
14. —: KN-Untersuchung spitzt sich zu, in: „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ (Kiel), 27. Februar 1950.
15. VZ: Ein Gentlemen Agreement verwandelt Lizenz in Geld, in: „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ (Kiel), 26. April 1950.
16. A. K.: Protestauszug der CDU in Kiel, in: „Die Welt“ (Hamburg), 25. April 1950.
17. Vgl. Anlagen zu den Stenographischen Berichten des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode 1949, Bonn 1950, Drucksache Nr. 989.
18. —: Oberstaatsanwalt empfiehlt Einstellung des Verfahrens gegen die „Kieler Nachrichten“, in: „Zeitungs-Verlag“ (Wiesbaden), 47. Jg. / Nr. 13—14 (31. Juli 1950), S. 12.
19. Vgl. —: Der Kieler Skandal, in: „Zeitungs-Verlag“ (Wiesbaden), 47. Jg. / Nr. 9—10 (30. Mai 1950), S. 22.
20. —: Das Ermittlungsverfahren gegen „Kieler Nachrichten“ eingestellt, in: „Zeitungs-Verlag“ (Wiesbaden), 47. Jg. / Nr. 23—24 (30. Dezember 1950), S. 10.
21. —: Dr. Heinrich und Willi Koch alleinige Herausgeber der „Kieler Nachrichten“, in: „Zeitungs-Verlag“ (Wiesbaden), 48. Jg. / Nr. 17 (30. November 1951), S. 14.
22. Vgl. —: Carl Schröter, in: „Der Spiegel“ (Hannover), 7. März 1951, S. 27.
23. Handbuch Deutsche Presse, 2. Ausgabe, Bielefeld 1951, S. 706.
24. Vgl. Heinz-Dietrich Fischer: Parteien und Presse in Deutschland, phil. Diss. Münster 1968.
25. Die Deutsche Presse 1954, Berlin 1954, S. 69, sowie: Die Deutsche Presse 1956, Berlin 1956, S. 74.
26. Die Deutsche Presse 1961, Berlin 1961, S. 88.
27. Willy Stamm: Leitfaden für Presse und Werbung 1968, Essen-Stadtwald 1968, S. 2/59.
28. Briefkopfaufdruck der „Kieler Nachrichten“ in Briefen an d. Verf. vom 1. September 1964 und 9. März 1970.

S U M M A R Y

In addition to an SPD (Socialist) and KPD (Communist) paper there has been published in Kiel, the capital of Schleswig-Holstein, the CDU (Christian Democratic) associated „Kieler Nachrichten“, since April 3, 1946. From the beginning, the paper has mentioned neither in the „impressum“ nor in a subtitle this CDU association, despite the fact that three leading Christian Democrats possessed the license. The daily was first published in the building of „Kieler Neueste Nachrichten“, a daily published until the beginning

of the „Third Reich“. After licenses for newspapers had been abolished in 1949 the former publisher of „Kieler Neueste Nachrichten“ fought for restitution from the present publishers of „Kieler Nachrichten“. In the following years this was a widely-known press scandal, till a compromise was reached in 1951. Today „Kieler Nachrichten“ cautiously supports CDU politics. The paper has the biggest circulation in Schleswig-Holstein reaching through regional editions nearly all parts of this German state.

RESUMEN

Junto a un periódico del SPD (socialista) y a otro del KPD (comunista), a partir del 3 de abril de 1946 apareció en la capital de Schleswig-Holstein la „Kieler Nachrichten“, de tendencia democrata-cristiana. Desde los comienzos de su publicación, la „Kieler Nachrichten“ no hizo mención ni en su „impressum“ ni en sus subtítulos a su asociación con la CDU, a pesar de que tres de sus líderes fuesen propietarios del periódico. El „Kieler Nachrichten“ fue publicado primeramente en el antiguo edificio del „Kieler Neuesten Nachrichten“ hasta la llegada del „Drittes Reich“. Cuando se suprimieron las licencias de publicación de periódicos, en 1949, el antiguo propietario del „Kieler Nachrichten“ combatió por que se le devolviese la propiedad de dicho periódico. El litigio se convirtió en un escándalo periodístico los años siguientes, hasta que, en 1951, se llegó a un compromiso. Hoy, la „Kieler Nachrichten“ apoya prudentemente la política de la democracia cristiana (CDU), es el periódico de más tirada de Schleswig-Holstein y llega a casi todos los rincones de este Estado alemán con sus ediciones especiales.